

Volle Handlungsfreiheit gewinnen

TRIBÜNE-Gespräch mit Joschka Fischer

TRIBÜNE: Ebenso wie Sie feiert der Staat Israel in diesem Jahr seinen 60. Geburtstag. Früher galt man dann als »älterer Mitbürger«, heute ist man »best ager«. Welches sind die gravierendsten Veränderungen, die diese sechzig Jahre für Sie und für Israel mit sich gebracht haben?

FISCHER: Nun, es gibt einen großen Unterschied zwischen dem Alter von Staaten und dem von Menschen: Ein Staat ist mit sechzig Jahren immer noch jung. Über Menschen in meinem Alter kann man das nicht mehr sagen, auch wenn man heute im sechsten Lebensjahrzehnt sicher anders ist als beispielsweise noch in der Generation meines Vaters. Was die sechzig Jahre des Staates Israel betrifft, betrachte ich die sehr positive Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen als eine wichtige Konstante. Auf der Grundlage der Verantwortung Deutschlands für seine Geschichte, für das Verbrechen der Shoah, ist nicht nur eine gute und belastbare Verbindung zwischen beiden Staaten aufgebaut worden, sondern eine, die mehr und mehr auch die Menschen einbezieht. Diese menschlichen Kontakte lassen für die Zukunft hoffen. Im Gegensatz dazu ist der Nahostkonflikt leider im Kern derselbe geblieben. Seine Rahmenbedingungen haben sich jedoch dramatisch gewandelt. Auch das spielt, glaube ich, eine große Rolle.

TRIBÜNE: Mit ihrem Berufswechsel von Politik und Diplomatie zur wissenschaftlichen Lehre eröffnet sich Ihnen die Möglichkeit, ohne Rücksichtnahme Konflikte zu beurteilen und zu analysieren. Allerdings sind Sie damit auch aus dem Zentrum der Macht auf einen eher passiven Beobachterposten gerückt.

FISCHER: Ich bin sehr froh, dass ich nicht mehr in der aktiven Politik bin. Mit Rot-Grün ist für mich ein Lebensabschnitt zu Ende gegangen und es gibt keinen Weg zurück. So sehr ich Shimon Peres schätze – was das Festhalten an der aktiven Politik betrifft, ist er mir kein Vorbild. Ich freue mich, dass ich jetzt die Möglichkeiten habe, mich voll auf die analytische Rolle zu konzentrieren. Es war immer ein Teil von mir, die Dinge zu analysieren, zu reflektieren, über sie zu schreiben. Das macht mir großen Spaß. Die aktive Politik müssen jetzt andere machen.

TRIBÜNE: Wie haben Sie den Wechsel von der politischen Bühne ans Lehrerpult und den geographischen Wechsel in die USA empfunden?



Copyright: BPA, Fassbender

FISCHER: Es war ein hochinteressantes Jahr. Die Studenten waren hervorragend und die Arbeit mit ihnen hat großen Spaß gemacht. Was mir schwergefallen ist, war das Alltagsleben in den USA. Ich lebte nicht in New York City, sondern in Princeton, New Jersey, das ist »smalltown america«. Erst da wurde mir klar, wie sehr ich doch Europäer bin. Nicht Deutschland hat mir gefehlt, Europa hat mir gefehlt. Oft habe ich mir die Frage gestellt, wie schwer es den vor den Nazis geflohenen Emigranten – nicht der Generation der Kinder wie Fritz Stern, sondern der Eltern oder Großeltern – wie schwer es doch für sie gewesen sein muss, sich mit fünfzig, sechzig in eine so ganz andere Umwelt zu integrieren, denn auch sie waren ja durch und durch Europäer. Der große Unterschied liegt darin, dass die USA nach wie vor eine wesentlich mobilere Gesellschaft sind, eine Pioniergesellschaft oder, wie man drüben sagt, eine »frontier society«. Auch das war für mich eine hochinteressante Erfahrung. Könnte man die Stärke der amerikanischen »frontier society«, die Fähigkeit, Dinge anzupacken und zu lösen, mit der europäischen Alltagskultur kombinieren – für mich wäre das die beste aller Welten. Aber ich fürchte, dazu wird es leider nicht kommen.

TRIBÜNE: Können Sie sich nach Ihrem Aufenthalt besser erklären, dass George W. Bush sogar zweimal zum amerikanischen Präsidenten gewählt worden ist?

FISCHER: Die USA sind ein komplexes Land. Es kam mir so vor, als sei man aufgrund des 11. Septembers in einen posttraumatischen Schock gefallen. Erst vor den »midterm elections« 2006, den Kongresswahlen zwischen zwei Präsidentschaftswahlen, schienen die Menschen langsam aufgewacht zu sein und sich bezüglich des Iraks erstmals Fragen gestellt zu haben wie: Wo sind wir eigentlich? Was passiert dort? Der 11. September 2001 war eine große Tragödie, ein großes Verbrechen, aber es war zugleich eine Chance, die leider ungenutzt vorbeiging. Im Rückblick sehen wir heute die gravierenden Fehler, die Präsident Bush in der Innen- wie in der Außenpolitik gemacht hat. Vieles wäre damals möglich gewesen. Zum Beispiel wäre in den USA im Nachgang zum 11. September auch eine völlig andere Energiepolitik akzeptiert worden, hätte Bush sie der nationalen Sicherheit zugeordnet. Viele Amerikaner wären dann wohl sogar zur Einführung von Energiesteuern bereit gewesen, um die Abhängigkeit von den Ölstaaten im Nahen und Mittleren Osten zu verringern. Auch in der islamisch-arabischen Welt herrschte nach dem 11. September eine Stimmung, die für die internationale Friedenspolitik neue Ansätze eröffnet hätte. All das wurde leider vertan. Sowohl für die nächste amerikanische Regierung als auch für Europa und die Akteure in der Region bleibt die Herausforderung, ein friedliches Miteinander zu gestalten. Dennoch kann ich verstehen, weshalb die USA so handelten, wie sie es taten. Und man macht es sich zu einfach, wenn man alle Versäumnisse nur George W. Bush anlastet. Auch die Demokraten um John Kerry haben große Fehler gemacht. Normalerweise hätten sie – das würde Ihnen jeder erfahrene Innenpolitiker sagen – diese Wahl nicht verlieren dürfen. Aber Geschichte ist manchmal sehr hart. Hätte 2004 Kerry gewonnen oder hätte 1999 Al Gore gewonnen, würden wir uns heute in einer anderen Situation befinden. Und wie wichtig wäre es für den Nahen Osten gewesen, wenn Ariel Scharon keinen Schlaganfall erlitten hätte! Das sind alles Dinge, über die man sich lange den Kopf zerbrechen kann, Filme machen, Romane schreiben. Aber so ist eben Geschichte.

TRIBÜNE: Die besonderen Beziehungen zu Israel waren stets ein Leitmotiv der deutschen Außenpolitik. Sehen Sie Unterschiede zwischen der Israelpolitik der jetzt regierenden Großen Koalition und Ihrer rot-grünen Regierung?

FISCHER: Nein, überhaupt nicht. Gerade das ist, finde ich, eines der ganz positiven Elemente der deutschen Politik. Die Haltung zu Israel ist keine Frage der Parteizugehörigkeit, sondern beruht auf einem breiten Konsens in der deutschen Politik. Jede Bundesregierung

vertritt hier im Grunde genommen die Position, die ihre Vorgänger auch vertreten haben. Das galt für uns, das gilt für die jetzige Regierung. Wie stark in dieser Frage die überparteilichen Positionen sind, zeigt sich auch, wenn in Deutschland Versuche, antisemitische Tendenzen politisch zu nutzen oder unterschwellig mit ihnen zu spielen, zurückgewiesen werden. Ich werde es Angela Merkel und auch Edmund Stoiber nie vergessen, dass sie damals, als Jürgen Möllemann unter stillschweigender Duldung von Guido Westerwelle seine Kampagne startete, fest und kompromisslos gestanden haben – das war sicher nicht einfach für sie in ihren Wählermilieus.

TRIBÜNE: In der EU hatten Sie und Ihre Vorgänger, und hat auch Ihr Nachfolger oft keinen leichten Stand, wenn es um Israels Politik geht. Während in Deutschland die Notwendigkeit »besonderer Beziehungen« zu Israel allgemein akzeptiert ist, sieht das im gesamten Europa schon anders aus.

FISCHER: Auch hier gab es inzwischen große Veränderungen. Beispielsweise hat die Wahl von Nicolas Sarkozy einen Wandel in der französischen Nahostpolitik herbeigeführt. Trotz nach wie vor bestehender nationaler Unterschiede sind die Gemeinsamkeiten der europäischen Politik gegenüber Israel und dem Nahen Osten objektiv gesehen größer denn je. Daraus könnte man vieles machen – wenn die Europäer nicht nur ähnlich denken, sondern auch gemeinsam handeln würden. Wie Sie zurecht sagen, war das zu meiner Zeit als Außenminister noch anders. Da war ich bisweilen wirklich ganz allein im Europäischen Rat. Das hat mich nicht weiter deprimiert: Ich war zwar isoliert, aber eine europäische Nahostpolitik gegen Deutschland gab es auch nicht. Wir haben uns – bis heute – immer als Sachverwalter der legitimen Interessen Israels verstanden und die EU vor unbesonnenen Handlungen in dieser Hinsicht bewahrt. Aber man muss einfach bedenken, dass andere Staaten mit anderen innenpolitischen Konstellationen, auch einer anderen Geschichte, manche Dinge in Bezug auf Israel kritischer bewerten. In Israel wiederum gibt es aufgrund vielerlei Enttäuschungen ein erhebliches Misstrauen der EU gegenüber. Das verstehe ich, meine aber, dass beide Seiten gut beraten wären, ihre Beziehungen zu verstärken, und zwar nicht in Opposition zu anderen Staaten oder Bündnissen, sondern aus sich selbst heraus. Wir Europäer müssen uns bewusst sein, wie sehr im 21. Jahrhundert die Sicherheit des jüdischen Staates zugleich europäische Sicherheit sein wird, denn die Weichen für unsere Sicherheit werden in den nächsten fünfzig Jahren im östlichen Mittelmeer und im Nahen und Mittleren Osten gestellt. Auch für Israel hat die Zukunft der Beziehungen zu Europa große Bedeutung. Ich sage immer, Israel spielt nicht in der American Football League, sondern in der Champions League. Es ist ein hochmodernes Land mit einer faszinierenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung, auch mit einer faszinierenden technologischen Entwicklung. Europa ist und bleibt für Israel von sehr, sehr großer Bedeutung. Insofern sollten wir den 60. Jahrestag dazu nutzen, alles zu tun, um die Fundamente der Zusammenarbeit zu verbessern, damit diese Beziehungen noch stabiler werden. Dabei meine ich keineswegs nur die offizielle politische Ebene. Gerade hier in Berlin kann man immer wieder beobachten, dass viele junge Israelis gerne hierher kommen. Im kulturellen Bereich, bei Film, Theater, in der Literatur gibt es viele Kontakte. Und man sollte die Bedeutung der hier geknüpften menschlichen Bande für die Zukunft unserer Beziehungen nicht unterschätzen.

TRIBÜNE: Sie haben Nicolas Sarkozy erwähnt, Herr Fischer. Wie bewerten Sie die Pläne der französischen Regierung, atomares Know-how an Libyen weiterzugeben?

FISCHER: Ich halte überhaupt nichts davon, aus Außenhandelsinteressen heraus Atomtechnologie in Krisenregionen zu liefern. Viele Regierungen dort sind extrem instabil. Wer wird morgen oder übermorgen die Macht in diesen Ländern haben? Angesichts dieser Un-

wägbarkeiten muss Zurückhaltung das Gebot der Stunde sein. Prinzipiell sehe ich jedoch zwei weitere gravierende Fehler, die vor allem die Atommächte machen. Erstens versäumen sie es, neue Abrüstungsinitiativen und Rüstungskontrollgremien ins Leben zu rufen, die den Bedingungen, den Gefahren des 21. Jahrhunderts Rechnung tragen. Nicht ohne Grund sind es ehemalige amerikanische Außenminister wie Henry Kissinger oder George P. Shultz, die nachdrücklich solche internationalen Anstrengungen fordern. Zweitens verbreitet sich besonders bei kleinen und mittleren Mächten immer mehr der Gedanke, Souveränität sei mit nuklearer Souveränität gleichzusetzen. Es entsteht eine bedenkliche Schiefelage, und wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, werden wir irgendwann alle miteinander in einer sehr gefährlichen Welt aufwachen. Auch hier muss die Gegenbewegung von den »nuclear haves« ausgehen. Diese darf aber nicht zu einer Form staatlicher Diskriminierung werden – hier Atommacht, dort Nicht-Atommacht; damit kann man nur verlieren. Gefragt sind neue Ideen, wie der Zugang zu nuklearer Technologie an verbindliche und strikte Regeln und Kontrollen gebunden werden kann.

TRIBÜNE: Während Ihrer Amtszeit gab es umwälzende Veränderungen nicht nur in Deutschland und der EU, sondern auch im Nahen Osten. Sie erwarben sich einen guten Ruf als redlicher Vermittler zwischen Israel und den Palästinensern. Dabei haben Sie stets Verständnis sowohl für die Sicherheitsinteressen Israels als auch für das Streben der Palästinenser nach einem unabhängigen Staat bewiesen.

FISCHER: Die aktuelle Entwicklung im Nahostkonflikt sehe ich mit großer Skepsis, um es milde zu formulieren. Bei meinem letzten Besuch in Israel wie in den palästinensischen Gebieten im letzten Jahr konnte ich zum ersten Mal unbehindert von einem Amt reisen. Ich war an der Nordgrenze, war in Ostjerusalem, was für mich als Außenminister vorher nicht möglich war. Vor allen Dingen habe ich auch mit ganz normalen Leuten gesprochen, besonders mit – wie man es wohl nennen würde – westlich orientierten Menschen der Mittelklasse. Und auf beiden Seiten, bei Israelis wie Palästinensern, war die Resignation fast identisch.

TRIBÜNE: Halten Sie diese Resignation für berechtigt?

FISCHER: Berechtigt oder nicht – es macht mir große Sorgen, dass zwar die Politiker noch von einer Zwei-Staaten-Lösung reden, aber die Menschen kaum noch daran glauben. Was aber ist die Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung? Das ist eine Ein-Staaten-Lösung: Die Palästinenser würden die Besatzung nicht los, das Gefühl des Unterdrückt-Seins; die Israelis wiederum würden sich weiter von den Palästinensern bedroht fühlen, durch Terror, demographische Entwicklungen, was auch immer. Die Konfrontation ginge einfach weiter. Darin sehe ich eine ernste Gefahr, denn das ist ein Prozess von großer Dynamik, der eine weitere Radikalisierung mit sich bringen wird. Die Vorstellung, eines Tages werde Ägypten wieder Gaza übernehmen und Jordanien die Westbank, hat meiner Meinung nach ebenfalls keine Zukunft – denn es stellt sich schlicht die Frage, ob Ägypten und Jordanien in ihrer inneren Verfassung eine solche Übernahme überhaupt noch verdauen könnten, ohne selbst einen politisch Umsturz zu erleben.

TRIBÜNE: Man sollte meinen, die großen arabischen Brüder wären stark genug.

FISCHER: Sind Sie das wirklich? Immerhin bekäme Ägypten zu seinen Muslim-Brüdern noch einen Hamas-Staat, ein »Hamastan« dazu. Und machen wir uns keine Illusionen: Ohne die Präsenz israelischer Sicherheitskräfte in der Westbank wäre auch dort die Hamas schon längst am Ruder. Ob Jordanien das aushalten würde, da habe ich große Zweifel. Nein, mit der Eingliederung in die beiden Nachbarländer wäre das Problem keineswegs gelöst, sondern käme nur wie ein Bumerang mit sehr viel größerer Macht wieder zurück. Sieht man sich die gegenwärtige Situation an, muss man eben konstatieren, dass sowohl die Regierung

in Washington als auch die in Jerusalem und die in Ramallah sehr schwach sind. Die ganze Annapolis-Initiative hängt eigentlich in der Luft, denn die Vorstellung, Hamas isolieren und dadurch schwächen zu können, ist durch den gekonnten politischen Schachzug der Hamas, die Grenze nach Ägypten zu durchbrechen, als Trugschluss entlarvt worden. Hamas ist mitnichten geschwächt. Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist nur möglich, wenn die amerikanische Regierung, unterstützt von den Europäern und den Kräften in der Region, einen neuen, belastbaren regionalen Gesamtansatz entwickelt, der nicht nur den Nahost-Konflikt berücksichtigt, sondern auch die Probleme im Irak und in der Golfregion. Alle an diesen Teilkrisen beteiligten Staaten müssen einbezogen werden, auch Syrien und der Iran. Versucht man, diese beiden Länder außen vor zu halten, wird am Ende jede Friedensinitiative scheitern. Die große Frage ist also, lässt sich der Iran einbeziehen? Lässt er sich – im positiven Sinne – motivieren, an Lösungen für sein Nuklearprogramm, für die Situation am Golf und im Irak, für den Nahost-Konflikt mitzuwirken? Das wird eine der ganz wichtigen Fragen für die neue amerikanische Regierung sein, egal, wer sie bildet. Und in diesen erweiterten Ansatz muss meines Erachtens die Annapolis-Initiative eingebettet werden. Sie aufzugeben, wäre ein Irrweg, denn ohne die Zwei-Staaten-Lösung wird die Zukunft sehr, sehr schwierig werden. Aber man wird neue Ideen brauchen und ein neues Engagement.

TRIBÜNE: Werfen wir einen Blick zurück. In Camp David 2000 gab es ein israelisches Angebot: Rückgabe von 98 Prozent der besetzten Gebiete, Ostjerusalem als Verwaltungshauptstadt, Auflösung aller Siedlungen. Yassir Arafat hat nicht akzeptiert. Auch Ihre »Pendeldiplomatie« zwischen Arafat und Ehud Barak brachte keinen Durchbruch.

FISCHER: Camp David II war eine große Chance, die vertan wurde. Das Argument der Palästinenser war immer »Wir wollen keinen Bürgerkrieg«. Den Bürgerkrieg haben sie nun, auch ohne einen palästinensischen Staat, und dazu die Trennung in Westbank und Gaza. Ja, es war eine Chance. Ob der Camp David-Plan aber in Israel überhaupt durchsetzbar gewesen wäre, ist eine andere Frage, deren Antwort wir niemals mehr erfahren werden.

TRIBÜNE: Folgt man den damaligen Erhebungen, ja.

FISCHER: Leider ist eine zustimmende Bevölkerungsmehrheit nur eine Seite der Medaille. Die Durchsetzbarkeit hängt auch von der Minderheit ab, die nicht einverstanden ist. Wie wir aus Erfahrung wissen, läuft der Mechanismus bei solchen umwälzenden Veränderungen sehr oft auf eine Radikalisierung hinaus: Die Ablehnungsfront auf der arabischen Seite antwortete dann meistens mit Terror, und darauf hätte die israelische Öffentlichkeit vermutlich mit einem Rechtsruck reagiert. Aber das sind alles geschichtliche Fragen. Für die politisch Verantwortlichen ist es entscheidend, nach den Handlungsalternativen zu fragen. Im 21. Jahrhundert wird sich die Weltlage verändern, die Achse der Weltpolitik aus dem Westen nach Asien verlagert. China und Indien werden dominante Faktoren werden. Und die Sicht auf den Nahen Osten aus der Perspektive Pekings oder Delhis ist eine andere als die der USA oder Europas. Unter diesen neuen Bedingungen wird es für Israel umso dringlicher, eine Zwei-Staaten-Lösung herbeizuführen. Ob diese tatsächlich Frieden bedeuten wird, weiß ich nicht. Aber zumindest muss klar sein, wo die Grenzen Israels sind, denn nur dann hat der Staat diplomatisch eine freie Hand, um sich bei anderen großen Mächten jenseits von USA und Europa Sicherheiten verschaffen zu können – eine dritte Sicherheitssäule neben dem Vertrauen auf die eigene Wehrhaftigkeit und die Garantien von USA und Europa. Das ist meines Erachtens ein unabdingbares strategisches Ziel, und dazu wird es einer Zwei-Staaten-Lösung bedürfen. Ich halte diesen Plan nach wie vor nicht nur für wünschenswert, sondern auch für durchsetzbar. Aber es wird ganz entscheidend von der Nahostpolitik der

nächsten amerikanischen Regierung für die Gesamtregion abhängen. Wenn es hier Fortschritte gibt, dann, denke ich, wird sich eine echte Chance für den Friedensprozess eröffnen.

TRIBÜNE: Das bisherige Muster der israelisch-palästinensischen Verhandlungen stimmt jedoch wenig zuversichtlich für eine Zwei-Staaten-Lösung: Die umfassenden Konzessionen der Israelis wurden und werden von den Palästinensern stets mit Maximalforderungen beantwortet, während sie selbst sich weder an Vereinbarungen mit der israelischen Regierung noch an UNO-Resolutionen halten – man denke nur an die Entwaffnung der Hisbollah.

FISCHER: Diesen Standpunkt teile ich nicht. Es gibt auch eine palästinensische Sicht, die man nicht einfach vom Tisch wischen kann. Und aus diesem Blickwinkel sind die Verhandlungen und Zusagen das eine, das andere ist der weitere Siedlungsausbau. »Schaut Euch die Veränderungen am Boden an, nach den Osloer Verhandlungen«, das ist die palästinensische Sicht. Die israelische Sicht ist genauso legitim: »Schaut Euch die Entwicklung des Terrors an und des Maximalismus bei den Palästinensern.« Ich denke, diese Situation kann man nur durch eine energische Führung seitens einer dritten Partei durchbrechen. Weil sie nicht wollen, dass ein Dritter ihnen etwas überstülpt, werden dann mit hoher Wahrscheinlichkeit beide Seiten aufeinander zugehen. Das war die bisherige Erfahrung – nicht umsonst kam es nach der Friedenskonferenz von Madrid erstmals zu direkten Gesprächen zwischen PLO und israelischer Regierung in Oslo. Ich bin davon überzeugt: Sobald die internationale Gemeinschaft, angeführt von den USA, hier eine konsistente Politik verfolgt, werden sich Israelis wie Palästinenser bewegen. Die Frage ist nur, ob die jetzigen Regierungen dazu überhaupt noch genügend Handlungsfähigkeit besitzen.

TRIBÜNE: So wie es derzeit aussieht – leider nicht.

FISCHER: Also, kann Abbas liefern? Vermutlich nicht. Kann Olmert liefern? Vermutlich auch nicht. Die israelische Schas-Partei hat bereits angekündigt, die Regierungskoalition zu verlassen, sobald über Ostjerusalem ernsthaft verhandelt wird. Ich sehe immerhin einen positiven Aspekt in der verfahrenen Situation: Alle wissen, wohin man sich bewegen muss. Es gibt keine Tabus mehr, die noch vor zwei Jahren etwa in der israelischen Debatte gegolten haben, etwa die Grenzen vom Juni 1967. Und auch die Palästinenser wissen, dass eine Rückkehr in das Israel vor dem Junikrieg 1967 eine völlige Illusion ist. Niemand in Israel würde, ja könnte das akzeptieren, denn es würde Israels Existenz in Frage stellen. Selbst meine linken Freunde in Israel betonen, dies würden sie niemals akzeptieren. Unter diesen Voraussetzungen wird es in den kommenden Monaten vor allen Dingen darauf ankommen, den Friedensprozess nicht endgültig scheitern zu lassen. Man muss abklopfen, welche neuen Optionen da sind und sich darauf vorbereiten, dass eine neue amerikanische Regierung hier zusätzliche Möglichkeiten eröffnet.

TRIBÜNE: Ist es nicht merkwürdig, dass der Verlierer aller bisherigen Kriege, die wohl gemerkt nicht Israel angezettelt hat, die Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben zu stellen versucht? Das war in der Weltgeschichte noch nie da, das Friedensdiktat der Verlierer.

FISCHER: Das ist eine akademische Frage für spätere Historiker. Ausschlaggebend für uns heute ist der Kernpunkt im israelisch-palästinensischen Verhältnis, das tiefe Misstrauen auf beiden Seiten. In Israel fragt man sich: »Werden uns die Araber jemals akzeptieren? Selbst wenn sie mit uns Frieden machen – werden sie uns akzeptieren? Oder sind das letztendlich alles nur taktische Agreements, bis eine Situation der Stärke auf ihrer Seite entsteht?« Das ist die tiefe Sorge der Israelis, die ich – auch aufgrund meiner eigenen Erfahrungen – sehr gut verstehen kann. Umgekehrt gibt es auch ein tiefes Misstrauen auf der palästinensischen Seite: »Meinen es die Israelis wirklich ernst? Oder ist das ein Spiel, dass sie Angebote machen, die sie aber nicht wirklich realisieren wollen?« Ich meine, dass der

Abzug vom Gaza eine Chance geboten hat, die nicht genutzt werden konnte. Die Radikalen versuchen ja alles, um Israel wieder in die Besetzung des Gazastreifens zurückzuzwingen, damit es zu einer Eskalation des Konflikts und einer weiteren Radikalisierung der Bevölkerung kommt. Wie gesagt, ich sehe im Moment die Situation alles andere als positiv. Deshalb muss man neue Wege finden, wie man den Friedensprozess auf eine breitere Grundlage stellen kann. Hamas ist kein Monolith; auch da gibt es sehr unterschiedliche Meinungen unter der Oberfläche. Im Iran gibt es unterschiedliche Positionen, auch das darf man nicht vergessen. Wenn man sich Syrien anschaut – es hat kein Interesse an immer stärker werdenden Islamisten. Es unterstützt zwar Hamas, hat aber Anfang der 1980er Jahre die Moslembrüder im Land blutig unterdrückt. Insofern sehe ich keine tief reichende und dauerhafte Interessenkongruenz zwischen Iran und Syrien. Übrigens schon gar nicht im Irak. All diese Dinge wird man neu durchdenken müssen, um einen Ansatz für die Zukunft zu finden. Aber unerschütterlich ist für Deutschland: Das Existenzrecht Israels und seine Sicherheit sind nicht verhandelbar, mit niemanden. Das ist eine unserer grundlegenden Positionen, und dieses Faktum muss jede fremde Regierung verstehen, die mit Deutschland Verträge abschließt und gute Beziehungen unterhalten will.

TRIBÜNE: Ihre eindeutige Haltung der bindenden Verpflichtung beider Seiten wird von der Weltöffentlichkeit leider nicht geteilt. Wenn Israel scheinbar die Verträge nicht erfüllt, geht ein Aufschrei durch die Medien. Wenn die Hisbollah die Resolution des Sicherheitsrates nicht erfüllt und keine Entwaffnung stattfindet, bleibt es totenstill.

FISCHER: Ich teile Ihren Unmut. Normalerweise ist es ein Kriegsgrund, wenn aus einem anderen Land heraus ein militärischer Angriff stattfindet. Käme es zum Beispiel zwischen zwei arabischen Staaten zum Raketenbeschuss, würde das eine hochexplosive Krise auslösen. Aber hier sind die Freunde Israels gefragt. Sie müssen klar Position beziehen und dürfen keine Unterschiede dulden. Es kann nicht angehen, vom einen zu verlangen: »Haltet Euch an die Verträge«, vom anderen aber nicht. Deshalb dürfen wir alle nicht müde werden, in den Vereinten Nationen, in Europa und wo auch immer den Streit zu suchen und auf das Ungleichgewicht der Wahrnehmung in der Welt hinzuweisen.

TRIBÜNE: Eine ketzerische Frage: Sind die Araber, sind die Palästinenser bessere Public-Relations-Manager?

FISCHER: Manchmal kann man diesen Eindruck gewinnen, besonders, wenn mit dem umgekehrten David-Goliath-Bild gespielt wird – das übrigens nicht stimmt! Das darf bei allen Tragödien, die die Palästinenser erleiden, und bei aller auch gegenüber Israel bisweilen notwendigen Kritik nicht vergessen werden. Die Situation vieler Palästinenser ist tragisch und furchtbar. Aber dies ist ein Krieg, in dem auch von ihrer Seite aus alles andere als friedliche Mittel eingesetzt werden. Das ist die Situation, und da sind die Freunde Israels gefordert.

TRIBÜNE: Freie Wahlen in den Autonomiegebieten verhalfen der Hamas zur Macht. Sie ist nicht bereit, die Verträge mit Israel anzuerkennen. Ihr erklärtes Ziel ist es, Israel zu vernichten. Diese radikale Politik richtet sich auch gegen Mahmud Abbas und seine Fatah-Bewegung.

FISCHER: Man kann nicht Wahlen fordern und wenn sie dann gemäß der bestehenden Verträge stattfinden, hinterher genau diese Verträge nicht erfüllen wollen oder als ungültig betrachten. In meinen Augen ist das ein ganz entscheidender Punkt. Dass man Hamas oder Hisbollah zu Recht nicht als eine demokratische Organisation ansieht, weil sie sich nicht an die für uns selbstverständlichen rechtsstaatlichen Grundsätze hält, kann und darf nicht zu einer Aufweichung dieser Grundsatzposition führen. Wie mit Hamas weiter verfahren wird, das ist eine der schwierigsten Fragen überhaupt. Man wird sie nach den amerikanischen Wah-

len neu stellen müssen. Und sie wird nur konstruktiv zu beantworten sein, wenn man weiß, wie es mit Iran und Syrien weitergehen soll. Nicht, dass ich die beiden Staaten und Hamas als einen geschlossenen Block betrachte – Hamas wird ihre eigenständigen Entscheidungen treffen. Aber hier geht es nicht nur um die Interessen Israels, sondern auch der regionalen arabischen Nachbarn. Ich rate zum Abwarten. Ich glaube, die kommenden Wochen und Monate werden vor allem dadurch bestimmt sein, dass man sehr genau die Optionen abklopfen und mögliche Annäherungen ausloten sollte, die man dann in eine aktiv gestaltende Politik umsetzen kann. Aber die USA sitzen am Steuer, und sie werden das Ganze zu entscheiden haben.

TRIBÜNE: Die Veränderungen Ihres persönlichen Erscheinungsbildes beschäftigten national und international nicht nur die »bunten Blätter«, sondern auch seriöse Medien. Dabei haben Sie, auch wenn Sie kontinuierlich an politischem Gewicht zugenommen haben, oft an Umfang verloren. Wird es Israel nach der Realisierung der Zwei-Staaten-Lösung ähnlich gehen: Weniger Gebiete, aber mehr Ansehen?

FISCHER: Was mich persönlich betrifft geht es eben auf und ab mit meinem Gewicht, frei nach dem Motto: Solange ich mich bewege – auch was das Volumen angeht –, so lange lebe ich. Für Israel sind bei der Zwei-Staaten-Lösung nicht Ansehen oder Gebietsgröße das Entscheidende, sondern der Gewinn an Handlungsfreiheit. Schauen Sie, in der Welt von morgen wird die traditionelle Dominanz des Westens, wie wir sie gewohnt sind, nicht mehr existieren. Globale Mächte wie China und Indien werden entscheidende Rollen spielen. Es entsteht eine neue Welt, auf die sich Israel einstellen muss. Der jüdische Staat braucht volle Handlungsfreiheit, um innerhalb wie außerhalb der vertrauten Kreise Verbündete zu gewinnen und internationale Garantien für seine Sicherheit. Es gibt ja beispielsweise die Diskussion, ob Israel eine Perspektive in der NATO haben kann. Ein solcher Schritt setzt aber voraus, dass man genau weiß, wo Israel beginnt und wo es endet. Natürlich ist gerade die Diskussion um Gebiete auch in Israel selbst hochemotional besetzt, denn mit »Judäa und Samaria« oder der »Westbank«, je nach Standpunkt, ganz zu schweigen von Jerusalem, geht es um Kerngebiete jüdischen Selbstverständnisses. Nicht für die Mehrheit, doch für wesentliche Teile der israelischen Gesellschaft ist das sehr schmerzhaft. An der Gebietsfrage aber führt kein Weg vorbei, und Israel muss sie für sich selbst beantworten.

TRIBÜNE: Zum Schluss möchte ich Ihnen eine Frage erneut stellen, die ich bereits bei unserem letzten Interview anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland ähnlich an Sie gerichtet hatte: Gedanken und Empfindungen lassen sich sehr anschaulich mit Symbolen darstellen. Welches persönliche Symbol kommt Ihnen in den Sinn, wenn Sie heute an Israel denken?

FISCHER: 1948, das Gründungsjahr des Staates Israel, ist ja auch mein Geburtsjahr und das meines Freundes Shimon Stein. Ein Israeli und ein Deutscher, hineingeboren in die Zeit unmittelbar nach der Shoa, dieses ungeheuren Verbrechens. Jetzt sind auch unsere Kinder erwachsen, die ersten Enkelkinder sind zur Welt gekommen. Und das gibt mir Hoffnung. Die Vergangenheit darf nicht vergessen werden, das ist ganz wichtig. Aber sie darf uns nicht den Blick auf eine bessere Zukunft für die nächste Generation verstellen. Was im Verhältnis zwischen Deutschland und Israel mit Adenauer und Ben Gurion begann und in den vergangenen sechzig Jahren erreicht wurde, ist beachtlich. Wenn die Generation unserer Enkel in ihrem sechsten Lebensjahrzehnt dereinst zurückblicken wird, dann hoffe ich, dass es ein glücklicher Rückblick sein wird. Insofern sehe ich in ihnen, unseren gemeinsamen Enkelkindern, das Symbol für Israel und unsere gemeinsame Zukunft.

TRIBÜNE: Herr Fischer, wir bedanken uns für das ausführliche Gespräch.

Das Gespräch führte Otto R. Romberg.